

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 27.03.2013

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadtrat Ballonier
Stadtrat Ferber
Stadtrat Hennrich
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Oettinger (für SR Dreher)
Stadtrat Siebentritt
Stadtrat Wicha (für SR Karl-Heinz Scherf)
VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.55 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bauanträge

1.1 Silke und Gerhard Hornung, Landstraße 23 - Errichtung einer Einfriedung und eines Geräteschuppens

Die Familie Hornung beabsichtigt, das als Gartenerweiterung erworbene Grundstück Caesar-Fuchs-Straße 2 in einer ihrem Wohnhaus angepaßten Gestaltung mit einer Mauer einzufrieden. Außerdem soll anstelle des vorgesehenen Wohnhauses ein eingeschossiges Gerätehaus errichtet werden. Dieses weicht hinsichtlich Geschosßzahl, Dachform und Dachneigung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Hoheneck ab.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu. Die notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes sollen erteilt werden.

1.2 Kersten Latz-Münzenberger, Landstraße 63 - Errichtung von Abstellschuppen und einer Einhausung für Müllgefäße, Limesstraße 23

Frau Latz-Münzenberger möchte für ihr Mehrfamilienhaus zwei Gebäuderiegel mit je drei Abstellräumen sowie eine kleinere Einhausung für Müllgefäße errichten. Die Gebäude sind an sich verkehrsfrei, überschreiten aber teilweise die festgesetzte Baugrenze. Zudem ist an dem noch offenen Grenzabschnitt zum Grundstück Fl.Nr. 6512/89 eine 2,0 m hohe Einfriedung vorgesehen. Gemäß Bebauungsplan „Alte Straße“ ist nur eine Höhe von 1,50 m zulässig.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß nach intensiver Debatte mit 6:3 Stimmen, die Erteilung der beantragten isolierten Befreiungen abzulehnen, da die Nutzung des Grundstücks unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der näheren Umgebung als unverträglich hoch eingeschätzt wurde.

2. Beschaffung eines Dienstfahrzeuges für den Forstrevierleiter

Der städtische Forstrevierleiter Ralf Steinhardt führt bislang seine notwendigen Dienstfahrten mit seinem privaten Pkw durch. Hierfür erhält er eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von durchschnittlich etwa 3.500 € jährlich. Durch die intensive Nutzung auch auf schlechten Waldwegen ist sein Fahrzeug vorzeitig verschlissen. Herr Steinhardt hat sich einen neuen Wagen beschafft, den er jedoch nicht mehr dienstlich nutzen will.

In Absprache mit Herrn Steinhardt hat die Verwaltung Angebote für einen geländegängigen Kleinwagen Fiat Panda 1,2 4x4 eingeholt. Das Autohaus Orth, Lützelbach, hat einen Neuwagen für 12.400 € angeboten. Als Tageszulassung ist das Fahrzeug bei verschiedenen

Händlern für 10.400-10.700 € erhältlich.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt, ein Fahrzeug mit Tageszulassung zu erwerben und die hierfür notwendigen Mittel in den Haushaltsplan 2013 einzustellen. Die Verwaltung wurde ermächtigt, die Beschaffung bereits vor der nächsten Sitzung des Stadtrates durchzuführen.

3. Verkehrsangelegenheiten

3.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Ausweisung der Bahnstraße als Tempo 30-Zone und Fortschreibung des Verkehrsentwicklungskonzepts

Mit Schreiben vom 27.02.2013 hat die SPD-Stadtratsfraktion folgenden Antrag gestellt:

„Der Stadtrat möge beschließen: Die Bahnstraße wird auf ihrer gesamten Länge von der Einmündung Odenwaldstraße bis zur Einmündung Frühlingstraße als Tempo 30 Zone ausgewiesen. Das in die Jahre gekommene Verkehrskonzept für den Stadtbereich wird überprüft und gegebenenfalls den aktuellen Entwicklungen angepasst.“

Zur Begründung wird ausgeführt, daß durch die Erschließung der Presentstraße, des Gl Reifenberg und den Bau der Einkaufsmärkte die Bahnstraße zu einer Durchgangsstraße auf der Nord-Süd-Achse mit stark erhöhtem Verkehrsaufkommen geworden sei. Sie habe ihren ursprünglichen Charakter als Wohnstraße verloren. Der Wohnwert für die Anlieger sei deutlich gesunken. Eine Verkehrsberuhigung könne dieser negativen Entwicklung entgegenwirken. Gegebenenfalls seien bauliche Veränderungen (z.B. Einbuchtungen) in Betracht zu ziehen.

Bgm. Dotzel verwies darauf, daß zum Zeitpunkt, zu dem das Verkehrsentwicklungskonzept erstellt wurde, die Gewerbegebiete bereits erschlossen und weitgehend bebaut gewesen seien. Seitdem hätten sich die Verhältnisse nicht grundlegend geändert. Auch hätten sich in den letzten Jahren in der Bahnstraße keine Unfälle ereignet. Eine Beruhigung der Bahnstraße werde Verkehr in die Landstraße verdrängen. Auch den dortigen Anliegern stünde die notwendige Rücksichtnahme zu.

Stadtrat Siebentritt verwies auf die Erhöhung der Fahrzeugzahlen, die sich bei einer Erschließung des Industriegebietes Weidenhecken weiter steigern würden. Eine Fortentwicklung des VEP sei notwendig, um der Verantwortung gegenüber den Anliegern zu entsprechen.

Stadtrat Hennrich vertrat die Auffassung, problematisch sei wegen der nicht vorhandenen Einmündungen v.a. die Fahrtrichtung Frühlingstraße-Odenwaldstraße.

Stadtrat Ferber gab zu bedenken, daß bei einer Aufnahme der Bahnstraße in eine Tempo-30-Zone die Vorfahrtregelung gegenüber den von Südwesten einmündenden Ortsstraße aufgehoben werden müßte. Dies würde wegen der schlechten Einsehbarkeit der Einmündungsbereiche zu einem „Stop-and-go“ Verkehr führen, der die Anwohner ebenfalls beeinträchtigt.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte schließlich die Verwaltung, durch die Feldgeschworenen an je einem Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 08.00 bis 20.00 Uhr die tatsächlichen Fahrzeugzahlen zu erfassen. Danach soll der Antrag im Ausschuß erneut beraten werden.

3.2 Zulassung von Gehwegparken in der Landstraße

Im Rahmen der Bürgerversammlung am 06.03.2013 hatte Frau Karin Willuweit-Fuchs angeregt, auf der Bergseite der Landstraße im Abschnitt zwischen Emil-Geis-Straße und Waisenhausstraße das Gehwegparken zu ermöglichen. Der Gehweg sei dort ausreichend breit, bei ordnungsgemäßigem Parken sei es wiederholt zu Beschädigungen am eigenen Fahrzeug gekommen.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dieser Anregung zu folgen. Der für den Fußgängerverkehr vorbehaltener Anteil am Gehweg soll dabei wenigstens 1,30 m breit bleiben. Daneben beschloß der Ausschuß, die auf der gegenüberliegenden Seite der Landstraße geltende Parkzeitbeschränkung auf den genannten Abschnitt zu übertragen.

3.3 Bau eines öffentlichen Parkplatzes am Bahndammweg

Im Rahmen der Bürgerversammlung am 06.03.2013 hatte sich Herr Armin Bott dafür ausgesprochen, zwischen dem Bahndammweg und der Bahnlinie einen öffentlichen Parkplatz anzulegen.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dem nicht zu folgen, da in diesem Bereich kein besonderer Stellplatzbedarf erkannt wurde.

3.4 Ausweisung eines Parkverbots in der Caesar-Fuchs-Straße

Herr Gerhard Hornung hat angeregt, auf der Südostseite der unteren Caesar-Fuchs-Straße ein Parkverbot zu verfügen, da durch dort parkende Fahrzeuge regelmäßig die Ausfahrt aus seinem Wohngrundstück erheblich erschwert werde.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte nach intensiver Beratung die Verwaltung, die Werksleitung der Fa. SAF, deren Beschäftigte die Straße intensiv beparken, auf die Rechtslage aufmerksam zu machen, wonach das Parken gegenüber von Grundstücksausfahrten auf schmalen Fahrbahnen gem. § 12 Abs. 3 Nr. 3 StVO verboten ist. In dem Schreiben soll auch auf eine verstärkte Kontrolle durch die Kommunale Verkehrsüberwachung hingewiesen werden.

4. Neuerlaß der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherungen der Gehbahnen im Winter

Die städtische Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherungen der Gehbahnen im Winter wird im Juni nach 20-jähriger Geltung außer Kraft treten und wäre erneut zu erlassen. Bisher ist die Reinigungspflicht für die Anlieger der Odenwaldstraße und der Landstraße auf den Gehweg und die Entwässerungsrinne beschränkt, während in allen anderen Ortsstraßen bei Bedarf bis zur Fahrbahnmitte zu reinigen ist. Grund für diese Differenzierung war die im Jahr 1983 vorhandene erhebliche Verkehrsbelastung in den damals überörtlichen Straßen, die sich durch die Ortsumgehung der B 469 zwischenzeitlich erheblich reduziert hat.

Vor diesem Hintergrund beauftragte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung, dem Stadtrat den Entwurf einer neuen Verordnung vorzulegen. Dabei empfiehlt der Ausschuß, die Reinigungspflicht für alle Ortsstraßen einheitlich zu regeln. Der erhebliche Rückgang der Verkehrszahlen in der Landstraße und der Odenwaldstraße rechtfertigen eine Ausdehnung der dortigen Reinigungspflicht bis zur Fahrbahnmitte.

5. Flächennutzungsplan 2013 der Stadt Erlenbach a. Main

Die Stadt Erlenbach hat der Stadt Würth den Entwurf einer Fortschreibung ihres Flächennutzungsplanes zugesandt. Nach den vorgelegten Unterlagen sind Interessen der Stadt Würth nicht nachteilig berührt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß daher, keine Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben.

6. Bekanntgaben

- Bgm. Dotzel gab bekannt, daß der Stadtratsbeschluß vom 13.03.2013 über die Erstellung einer Entwurfsplanung für die Generalsanierung der Mittelschule und einer Kostenberechnung die Beauftragung aller beteiligten Planungsbüros mit den Leistungsphasen 3 und 4 impliziert. Eine förmliche Beschlußfassung hierzu ist für die nächste Stadtrats-

sitzung am 10.04.2013 vorgesehen.

- Bgm. Dotzel gab bekannt, daß die Regierung von Unterfranken für die Neustrukturierung des Bahnhofsumfeldes die Durchführung einer Feinuntersuchung angeregt hat, die im Gegensatz zu einem städtebaulichen Wettbewerb mehrere Alternativen aufzeigen kann. Hierfür sollen 3-5 Büros um Honorarangebote gebeten werden.

7. Anfragen

- Auf Anfrage von Stadtrat Oettinger teilte Bgm. Dotzel mit, daß ein Angebot des Arbeitskreises Kommunale Baumpflege Rhein-Main angenommen werden soll, eine kostenlose Vor-Ort-Beratung für verschiedene Baumpflegemaßnahmen durchzuführen. Hintergrund hierfür war die öffentliche Auseinandersetzung um den massiven Baumrückschnitt an der Kindertagesstätte „Kleine Strolche“ im vergangenen Herbst. An der Fortbildung sollen die betroffenen Mitarbeiter des Bauhofs, nicht jedoch der Bau- und Umweltausschuß teilnehmen.
- Auf Anfrage von Stadtrat Ferber teilte Bgm. Dotzel mit, daß die Verwaltung derzeit die Ausschreibung für die Erschließung der drei Bauplätze in der Bayernstraße vorbereitet. Zu klären sind noch einige Fragen der Kanalisation, da ein Teil der Baufläche über die Carl-Wiesmann-Straße entwässert werden muß.

Wörth a. Main, den 03.04.2013

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer